

**Ulrike Rodust:**

## **SPD-Bundes- und Landespolitiker setzen ihren europäischen Dialog fort**

Eine neunköpfige Delegation von SPD-Politikern aus den norddeutschen Landtagen hat heute an der gemeinsamen Sitzung der Arbeitsgruppen „Angelegenheiten der Europäischen Union“ und „Außenpolitik“ der SPD-Bundestagsfraktion zum Schwerpunktthema Ostseekooperation teilgenommen. „Das Treffen in Berlin stellt die Fortsetzung des im Oktober letzten Jahres in Sankelmark begonnenen Dialogs zwischen SPD-Politikern auf Bundes- und Landesebene dar“, berichtet die europapolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ulrike Rodust.

„Die Vertreter der norddeutschen Bundesländer, die sich gerade im Bereich der Ostseekooperation stark engagiert haben, konnten wertvolle Erfahrungen in die Diskussion um die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Ostseeraum einbringen“, so Rodust. Sie gaben ihrer Erwartung Ausdruck, dass die Ostseekooperation bundespolitisch eine noch stärkere Gewichtung erfährt, und warben für die Gründung einer Ostsee-Jugendstiftung.

In den Beratungen wurde auch die Frage nach der Zukunft des russischen Gebietes Kaliningrad thematisiert, das mit dem Beitritt von Polen und Litauen in naher Zukunft zu einer Enklave der Europäischen Union wird. Es herrschte Übereinstimmung, dass es sich hierbei nicht um eine deutsches, sondern ein europäisches Problem handelt, für das zwischen Europäischer Union und Russland einvernehmliche Lösungen gefunden werden müssen. Die von der EU-Kommission vorgelegte Mitteilung zu Kaliningrad vom Januar letzten Jahres bietet dafür eine gute Grundlage.

Ulrike Rodust: „Die Teilnehmer der Veranstaltung waren sich darüber einig, dass der als fruchtbar eingeschätzte europapolitische Dialog auf Bundes- und Landesebene fortgesetzt und intensiviert werden sollte.“ (SIB)